

# Absurde Angstmache

Zentralbanken sollen mit Niedrig- und Minuszinsen Deflation verhindern – Gefahr droht von anderer Seite

**Rascher als befürchtet hat sich die Forderung nach immer geringeren Zinssätzen in ihr Extrem gesteigert: Selbst EZB-Präsident Mario Draghi deutet nun an, dass er den Einlagezins der Europäischen Zentralbank auch ins Minus drücken würde, wenn er es für nötig erachte. Doch was bedeutet das eigentlich?**

Der Einlagezins ist der Zins, den die Geschäftsbanken normalerweise erhalten für Geld, das sie bei der Notenbank einlagern. Wird dieser Zins negativ, müssten sie für ihre Einlagen bezahlen, statt Zinsen zu erhalten.

Es ist fest davon auszugehen, dass ein solcher negativer Einlagezins für die Banken auch den Zinssatz für die normalen Sparer weiter drückt. So lässt die Zürcher Kantonalbank (ZKB) ihre Kunden bereits in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen wissen, dass sie sich „bei speziellen Marktbedingungen“ gezwungen sehen könnte, für Privatkonten „Negativzinsen einzuführen“, wie der schweizerische „Tages-Anzeiger“ berichtet. Die Schweiz gehört zwar nicht zum Euro-Raum. Durch die enge Verflechtung des kleinen Landes mit seinen Nachbarn sehen sich die Eidgenossen aber gezwungen, sich der Euro-Zins- und -Währungspolitik anzupassen.

Die EZB und die Experten, die ihre Politik stützen, argumentieren, dass diese „Politik des billigen Geldes“ (also extrem niedrigen Zinses) nötig sei, um eine Deflation zu verhindern. Deflation (das Gegenteil von Inflation) bedeutet, dass die umlaufende Geldmenge stetig abnimmt und damit die Preise auf breiter Front fallen.

Die Befürchtung: Wenn die Preise fast alle fallen, schieben Bürger ihre Anschaffungen und Unternehmen ihre Investitionen auf in der Hoffnung, in naher Zukunft alles billiger zu bekommen. Das habe zur Folge, dass die Wirtschaft bald ganz stillstehe.

Als abschreckendes Beispiel für eine solche Entwicklung werden

die frühen 30er Jahre angeführt. Damals kam es in der Tat zu einer „deflationären Erstarrung“. Das Resultat waren Not, Elend und eine soziale Katastrophe, der die politische Folgen sollte. Schließlich mündete die Entwicklung in dem Zweiten Weltkrieg.

Spätestens hier sollte der Beobachter indes misstrauisch werden. Wenn den Protagonisten des Euro und der Euro-„Rettungspolitik“ (zu der auf europäischer Ebene auch die Niedrigzinspolitik der EZB zählt) mit ihren Argumenten in die Enge geraten, greifen sie auf das schaurige Menetekel eines neuen Krieges zurück. Dass es vor dem Euro weit weniger innere Spannungen in der EU gab als heute, wird

dabei weggewischt. Der Abschied von der Einheitswährung öffnete den Weg für die „alten Dämonen“, wird bedeutungsschwanger

## Preisverfall wegen Euro unumgänglich

geraunt, um den Bürgern Angst einzujagen und Kritiker mundtot zu machen.

Ein durchsichtiges Manöver, und so verwundert es kaum, dass

sich auch die geschürte Angst vor der Deflation bei näherem Hinsehen als wenig begründet erweist. Praktische Beispiele wie historische Rückblicke belegen, dass fallende Preise die Wirtschaft keineswegs zum Erliegen bringen müssen. In der Unterhaltungselektronik fallen die Preise seit Jahrzehnten. Dennoch feiert die Branche immer neue Verkaufserfolge. Die Menschen kaufen den neuen Fernseher, obwohl sie alle wissen, dass sie ihn in ein paar Jahren für weit weniger Geld bekommen.

Auch historisch lässt sich die Gleichung „Preisverfall ist gleich Krise“ nicht belegen. Die großen Wachstumssprünge des 19. Jahrhunderts fanden fast durchweg parallel zu (teilweise dra-

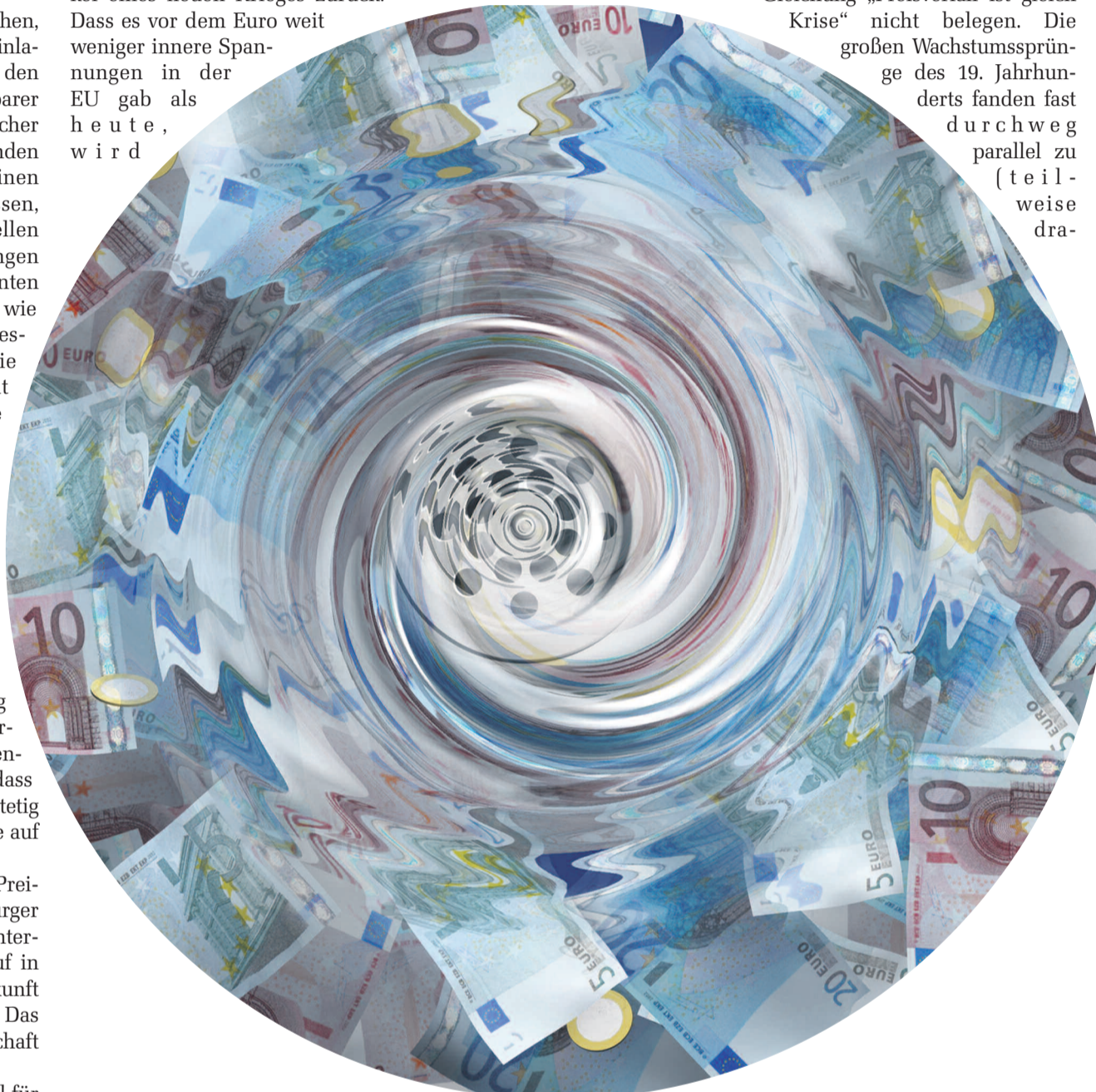
stisch) fallenden Preisen statt. Dies gilt auch für die deutsche „Gründerzeit“. Damals hatte die Deflation zur Folge, dass sich Menschen bei höchstens moderat steigenden Einkommen immer mehr Güter leisten konnten, die für sie einst unerschwinglich waren. Gleichzeitig gewann Gespartes an Wert, wodurch erstmals in der Geschichte weite Bevölkerungsschichten zu „Besitzenden“ wurden.

Die Furcht vor Deflation ist also weder historisch noch praktisch zu begründen. Sie soll vielmehr verdecken, was mit Niedrig- und Negativzinsen sowie gleichzeitigem massiven „Gelddrücken“ tatsächlich bewirkt werden soll: eine gewaltige Umverteilung von Geld.

Nutznießer sind verschuldete Staaten, Banken. Ihre Schulden sollen per Inflation und Niedrig- oder gar Negativzinsen entwertet werden. Zahlen sollen dies die Sparer, deren Guthaben ebenfalls entwertet werden, um „Deflation zu verhindern“.

Zudem übersieht die Deflationsangst einen Faktor: Spanier, Griechen oder Italiener sind in der Krise, weil sie zu teuer geworden sind im Verhältnis zu ihrer Produktivität. Die Anpassung ihrer Preise nach unten ist daher der unumgängliche Weg zur Wiedergewinnung von Wettbewerbsfähigkeit. Früher geschah dies per Abwertung ihrer Währungen nach außen. Heute muss gewissermaßen „nach innen“ abgewertet werden – die Preise müssen dort fallen.

Die Alternative dazu, welche die EZB bevorzugt, läuft auf eine schrittweise Vernichtung der Sparguthaben, Renten und Lebensversicherungen hinaus. Das Problem: Danach sind zwar die deutschen Sparer enteignet, doch an der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Südeuropäer wird sich kaum etwas geändert haben. Es ist ein Programm zur umfassenden Verarmung, die am Ende alle trifft bis auf ein paar große Spekulanten und einige Banken, die an dem Schuldenzirkus noch reicher geworden sein werden. *Hans Heckel*



Im Enteignungsstrudel: Minuszinsen würden Spareinlagen dahinschmelzen lassen

Bild: Die Kleinert

## Fracking-Boom geht weiter

Riesige Schieferformationen stehen vor der Erschließung

In Kalifornien hat Gouverneur Jerry Brown nach langen Diskussionen ein neues Fracking-Gesetz erlassen, das, wie Experten meinen, das strengste in den USA sei. Danach müssen Firmen, die Fracking betreiben, die Genehmigung des Staates einholen, die Grundwasserqualität regelmäßig testen und Anwohner informieren, ehe sie mit der Bohrung beginnen. Auch soll eine wissenschaftliche Studie das Fracking und Wider genau untersuchen.

Fracking ist in den letzten Jahren in den USA zu einem wichtigen Bestandteil der US-Wirtschaft geworden. Diverse Staaten des Riesenlandes besitzen reiche Quellen für die Gewinnung von Öl und Gas aus unterirdischem Schiefergestein, so dass Experten die USA schon ab 2015 als weltweit größten Ölproduzenten vor Saudi-Arabien beziehungsweise Russland sehen. Doch ist die Fördermethode umstritten, Umweltschützer fürchten eine Verseuchung des Grundwassers, was wiederum Krebs erzeugen könnte. Auch werden Erdbeben als Folge des Frackings nicht ausgeschlossen. Zudem durchziehen bereits zehntausende von Pipelines das Land und ständig wer-

den neue gebaut. Die letzte große Demonstration gegen Fracking fand im Oktober im Staat New York statt, doch wird der Kampf angesichts der Vorteile wie der steigenden Unabhängigkeit vom Öl aus dem Mittleren Osten und zigtausende neue Arbeitsplätze infolge der Reindustrialisierung durch die billigere Energie in den

## Deindustrialisierung in Europa zugunsten der USA?

USA deutlich weniger hysterisch geführt, als es in Europa der Fall ist. Dort fürchtet man aber, dass die eigene Industrie wegen der Öl-, Gas- und Strompreise gen USA abwandert. Der Chef des Wiesbadener Konzerns SGL Carbon, Robert J. Koehler, ist überzeugt, dass Europa bereits eine schleichende Deindustrialisierung zugunsten der USA erlebe.

Kathryn Philips, Direktorin des Sierra Clubs, gehört zu den größten Fracking-Gegnern. Der Sierra Club fordert ein komplettes Verbot bis genaue Studien vorliegen. Catherine Reheys-Boyd, Präsi-

den des Verbandes der Öllindustrie, hingegen begrüßt das neue kalifornische Gesetz, denn trotz schärferer Regeln erlaubt es die baldige Förderung der dort vorhandenen Bodenschätze. Allein die Schieferformation Monterey in Kalifornien, die sich über Hunderte von Kilometern erstreckt, soll 14 Milliarden Barrel Öl beherbergen. Als Folge winken neue Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Nicht anders sieht es in anderen US-Staaten aus, wie an den Bakken-Schiefer-Platten in Texas und Süd-Dakota und der Eagle-Ford-Platte in Texas.

Doch wie lange kann dieser Boom nun anhalten? Skeptiker meinen, dass das Öl von „soft spots“, weichen Stellen im Gestein, gewonnen wird und dass diese nicht lange vorhalten, zudem sei in Texas und Montana schon ein Rückgang zu verspüren. Doch die US-Regierung sieht einen Anstieg der Fördermenge bis 2020 voraus und vermutet erst danach einen langsamen Rückgang. Dass die Vereinigten Staaten durch das Fracking jedoch total unabhängig vom Öl aus dem Ausland werden können, glauben bei aller Euphorie selbst die Befürworter nicht. *Liselotte Millauer*

## Geldsegen für Anleger

Schweizer Banken müssen einige Provisionen zurückbezahlen

Wenn Banken oder Finanzberater ihren Kunden Wertpapiere ins Depot legen, verlangt der Emittent Gebühren, die der Anleger bezahlen muss. Doch ein Teil davon fließt zurück an den Vermittler, meistens ohne dass der Kunde dies erfährt. Verbraucherschützer kritisieren seit langem, dass solche verdeckten Provisionen den Anlegern schaden. Denn sie verleiten die Berater dazu, Papiere auszuwählen, bei denen dieser „Kick-back“ besonders hoch ist – und das sind oft nicht diejenigen, die auch für den Anleger die besten sind. Die Gerichte haben reagiert: In Deutschland müssen Kick-backs seit 2006 offengelegt werden. Schweizer Gerichte sind noch weiter gegangen. Im Oktober 2012 hat das Bundesgericht geurteilt, dass solche „Retrozessionen“, wie sie in der Schweiz genannt werden, fast immer dem Kunden gehören.

Im Ergebnis müssen diese Zahlungen nun auch rückwirkend erstattet werden, es sei denn, der Kunde hat ausdrücklich gebilligt, dass seine Bank sie bekommen soll. Es geht um erhebliche Summen: Je nachdem, welche Papiere in einem Depot liegen und wie oft

umgeschichtet wurde, kann die Höhe der Rückforderung durchaus 15 Prozent des Depotwerts übersteigen. Schweizer Zeitungen schätzen denn auch, dass auf die Banken Forderungen von rund drei Milliarden Franken zukommen dürften, wenn nicht noch mehr.

Während dieses Thema in der Schweiz intensiv diskutiert wird,

## Kunden müssen Erstattungen aktiv einfordern

hat die deutsche Wirtschaftspresse es bisher übersehen. Dabei könnten vermutlich mehrere Zehntausend deutsche Sparer, die ein (legales oder im Nachhinein legalisiertes) Depot in der Schweiz haben, von der neuen Rechtslage profitieren. Fast nur kleine und mittelgroße Anleger sind betroffen, denn Großanleger haben Kick-backs meist vertraglich ausgeschlossen. Doch leider sind die Banken nicht dazu verpflichtet, das einbehaltenen Geld von sich aus zu erstatten, im Gegenteil.

„Die Banken verschleppen die Sache wo sie können. Sie behaupten,

## MELDUNGEN

### Ohne Richter kein Urteil

**Berlin** – Ob im Bereich des Steuer-, Handels-, Straf- oder Zivilrechts, überall gebe es zu wenig Personal. „Bundesweit fehlen derzeit mehr als 2000 Richter und Staatsanwälte“, beklagt der Deutsche Richterbund. Als Folge würden für die Wirtschaft wichtige Prozesse verschleppt und müssten Täter aus der Untersuchungshaft wegen überschrittener Fristen freigelassen werden. *Bel*

### Weniger Geld für Investitionen

**Berlin** – Immer mehr Kommunen legen Widerspruch gegen das Ergebnis des Zensus 2011 ein. Da viele laut der Volkszählung weniger Einwohner haben und somit weniger Geld vom Bund und vom Länderfinanzausgleich erhalten, würden sie gern die Daten, die die Statistischen Landesämter im Rahmen des Zensus 2011 erhoben haben, erhalten und überprüfen. Doch das Statistische Bundesamt verweigert mit Hinweis auf den Datenschutz die Freigabe der Daten. Diese wurde über Stichproben ermittelt, bei denen in großen Städten nur etwa jeder zehnte Bürger befragt wurde. *Bel*

### Überalterung bei Ingenieuren

**Frankfurt am Main** – Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) warnt angesichts hoher Studienabbrecherquoten von bis zu 50 Prozent vor einer drastischen Überalterung der Ingenieure in Deutschland. Derzeit seien bereits 44 Prozent aller etwa 183 000 Ingenieure im Land über 45 Jahre alt. Um genügend Nachwuchs zu haben, will der VDMA künftig Vorbereitungskurse an den Hochschulen finanzieren, um die Abbrecherquote zu senken. Auch der Anteil der Frauen in der Berufssparte stagniert trotz Werbung für den Ingenieursberuf seit 2010 bei rund 7,5 Prozent. *Bel*